

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler

Die Verantwortung der Wissenschaft: Atomwaffen, Klimawandel und Energiesicherheit

02. April 2024

Aus Anlass der erneuten Debatte über eine deutsche oder europäische Atombewaffnung wenden wir uns als Kreis von Menschen aus Wissenschaft und Hochschule in tiefer Sorge an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung.

Im Jahr 1957 löste die Atomwaffendebatte – wenn auch unter anderen politischen Umständen – eine Krise in der damals noch jungen Bundesrepublik aus, gefolgt von Massenprotesten. Auslöser war die öffentliche Äußerung des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer am 5. April 1957, in der er erklärte: „Die taktischen atomaren Waffen sind im Grunde genommen nichts Anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie und es ist ganz selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik wir nicht darauf verzichten können, dass unsere Truppen auch die neuesten Typen haben und die neueste Entwicklung mitmachen...“. Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr bzw. der direkte Zugang zu NATO-Atomwaffen wurde ernsthaft in Betracht gezogen.

Wenige Tage nach Adenauers Äußerungen, am 12. April 1957, veröffentlichten 18 hochangesehene Wissenschaftler die „Göttinger Erklärung“, in der sie sich entschieden gegen die Verharmlosung der „zerstörenden Wirkung“ von „taktischen Atomwaffen“ wandten. Die 18 Unterzeichner, darunter die Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg, stellten fest: „Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Teile der Bevölkerung vor dieser Gefahr zu schützen“. Sie forderten einen gänzlichen Verzicht auf den Besitz und den Einsatz von Atomwaffen. Dieser Verzicht ist durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 als Grundlage der deutschen Einigung festgeschrieben worden. Er gehört zum politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Das scheint angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verschwinden oder verdrängt zu werden.

Auch wenn wir uns bewusst sind, dass sich die heutige politische Ausgangslage verändert hat und nicht mit der damaligen Situation gleichzusetzen ist, sehen wir, die Unterzeichnenden des Briefes, uns dazu aufgerufen, uns zu einer Weiterentwicklung und Verbreitung von Atomwaffen zu äußern. Die „Göttinger Erklärung“ ist für uns kein aus der Zeit gefallenes Bekenntnis zur Verantwortung der Wissenschaft. Es fordert von uns eine Stellungnahme zu den aktuellen Debatten über die Abkehr vom Prinzip der Nichtweiterverbreitung als Antwort auf die öfter festgestellte Missachtung des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots durch verschiedene Staaten. In einer Zeit, in der das Leben und die Wohlfahrt der Menschheit bedroht sind, ist die Wissenschaft mehr denn je gefordert, zu ihrer Verantwortung für die Folgen ihrer eigenen Arbeit zu stehen. Wir schließen uns dem damaligen Wort der „Göttinger Erklärung“ an: „Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.“

Wir appellieren an Sie als politische Entscheidungsträger:

1. Vermeiden Sie eine verharmlosende Unterscheidung von „taktischen“ oder „strategischen“ Atomwaffen. Sie ist heute noch gefährlicher als in den 1950er Jahren. Eine einzige taktische Atombombe kann in ihrer lokalen Zerstörungskraft über die einer Hiroshima-Bombe hinausgehen. Strategische Atombomben mit bis zu tausendfach stärkerer Wirkung sind heutzutage für den interkontinentalen Einsatz vorbereitet. Ihr Einsatz hätte für ganze Staaten und Regionen, wenn

nicht sogar für die ganze Welt, verheerende Konsequenzen (nuklearer Winter). Die Vorstellung „begrenzter Atomkriege“ ist unreal und höchst gefährlich. Noch Anfang Januar 2022 haben gerade die fünf Nuklearwaffenstaaten ein weiteres Mal erklärt, dass „ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. Wissenschaftliche Studien zeigen eindrucksvoll, dass auch ein regionaler Atomkrieg Millionen Tote fordern, planetare Klimafolgen haben und globale Ernteschäden sowie Hungerkatastrophen verursachen würde.

2. Deshalb muss das nukleare Wettrüsten ein Ende finden, statt durch die Entwicklung von vermeintlichen Führbarkeitsoptionen weiter ausgebaut zu werden. Neue nukleare Sprengköpfe auf europäischem Boden verbessern die Sicherheit der Bevölkerung nicht. Im Gegenteil, die Möglichkeit, dass Atomwaffen zur Kriegsführung eingesetzt werden oder im Falle eines Unfalls oder einer Fehlkalkulation zum Einsatz kommen, steigt angesichts neuer Trägersysteme, neuer disruptiver Technologien (Stichworte: Cyberangriffe und Künstliche Intelligenz, konventionelle Präzisionswaffen) und der permanenten Vernachlässigung von Rüstungskontrollverträgen. **Bundesregierung und Parlament müssen sich verstärkt für die Wiederbelebung der gekündigten Rüstungskontrollverträge und eine Fortsetzung des New-START-Prozesses einsetzen.**

3. Der *Nichtverbreitungsvertrag (NVV)* von 1970 darf nicht weiter aufgeweicht werden. Das gilt auch für die bestehende Beschränkung auf „nukleare Teilhabe“ im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags. Andernfalls würde das bedeuten, dass ein bisher geltender Grundkonsens aufgekündigt würde. Wir erinnern daran, dass sich im Artikel VI des NVV die Atommächte bereits verpflichtet haben, wirksame Schritte für die volle Umsetzung des Vertrages zu unternehmen und Abrüstungsgespräche zu führen. Solche Schritte sind, nach einigen Abrüstungsfortschritten zu Beginn der 1990er Jahre, bisher insbesondere durch den fehlenden Dialog zwischen den USA und Russland blockiert. Beide Atommächte zusammen verfügen über 90 Prozent aller Atomwaffen und über verschiedenste regionale und globale Einsatzoptionen. Eine deutsche Atombombe würde das Ende des NVV bedeuten und eine nukleare europäische Abschreckung würde andere Staaten ermuntern, sich selbst Atomwaffen zuzulegen. Der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2017 angenommene generelle *Atomwaffenverbotsvertrag*, der bisher von fast 100 Staaten unterzeichnet und von über 60 Staaten ratifiziert wurde, jedoch ohne die Teilnahme der Atomwaffenmächte, verdient alleine wegen seiner humanitären Dimension stärkere Beachtung. **Deutschland sollte sich im Interesse des Weltfriedens verstärkt für die Umsetzung dieser Verträge einsetzen! Programme zur Verifikation des Abzugs und zur Zerstörung von Atomwaffen in Europa könnten forciert werden.**

4. Die aktuelle Debatte über eine neue europäische Abschreckung ist ausgelöst worden durch die Nuklearrhetorik der russischen Regierung und die Zweifel an den Nukleargarantien des US-Präsidentenskandidaten Trump. Im Laufe der Geschichte des Kalten Krieges wurde immer wieder das Argument vorgebracht, Nuklearwaffen würden die Rückkehr großer internationaler Kriege verhindern. Dieser Glaube ist heute noch gefährlicher als er es früher schon war. Die europäischen Staaten müssen sich heute zusammenfinden, um die historischen Ansätze zur Rüstungskontrolle aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Dabei geht es um Rüstungskontrolle, zu

Kontakt

Prof. Dr. Götz Neuneck, Vorsitzender der VDW
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.
Marienstraße 19/20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 21 23 40 56
E-Mail: neuneck@icloud.com

Prof. Dr. Ingo Hofmann
Potsdam
c/o VDW
E-Mail: ihfmnn@gmail.com

der auch die Erhaltung des *Umfassenden Teststoppvertrages* (CTBT) gehört, als Ansatz für eine Vertrauensbildung, die schließlich, wie am Ende des Kalten Krieges, Abrüstungsmaßnahmen ermöglichen kann. **Alle Nuklearwaffenstaaten müssen sich verpflichten, die aktuellen Obergrenzen ihrer Atomwaffen nicht zu erhöhen und überprüfbare Bestandsaufnahmen ihrer Atomwaffenarsenale beginnen.**

5. Sicherheit ist nicht allein eine militärische Frage. Die Sicherstellung der globalen Klimaziele und damit der Erhalt des biologischen und zivilisatorischen Lebensraums für alle Menschen erfordert gewaltige Investitionen in die Zukunft. Globale wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Wiederherstellung einer internationalen Vertrauensbasis sind dabei unerlässlich. Dies gilt für das gesamte Spektrum wissenschaftlicher Herausforderungen. Es reicht von Impfstoffen und der Erzeugung von Nahrungsmitteln über den Erhalt von Umwelt und Natur bis hin zu nachhaltigen Energielösungen oder praktikabler Rüstungskontrolle und Abrüstung. Forschungen für die Effizienzsteigerung von erneuerbaren Energien oder zu anderen nachhaltig verfügbaren und risikoarmen Energieträgern sind unverzichtbar. Sie sind „Treibstoff“ für die Überwindung der Armut und den langfristigen Erhalt des Wohlstands. **Klimasicherheit und damit verträgliche Energiesicherheit dürfen nicht einem neuen Wettrüsten geopfert werden.**

Die derzeit beklagten Versäumnisse der Vergangenheit in Fragen der europäischen Sicherheit mögen ihren Anteil an der gegenwärtigen Lage haben. Wir sollten jedoch nicht das Risiko eingehen, durch neue Versäumnisse bei einer rechtzeitigen Klima- und Energiesicherheit in noch größere Bedrängnis zu geraten! Vielmehr sollten wir gemeinsam Wege aus der Gefahr beschreiten!

Erstunterzeichnende:

Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Hamburg
 Prof. Karl-Hans Bläsius, Trier
 Prof. Dr. Peter Brandt, Berlin
 Prof. Dr. Lothar Brock, Frankfurt a.M.
 Prof. Dr. Michael Brzoska, Hamburg
 Dr. Hans-Georg Ehrhart, Bonn
 Dr. Miriam Engel, Darmstadt
 Dr. Ute Finckh-Krämer, Berlin
 Prof. Hartmut Graßl, Hamburg
 Prof. Dr. Caroline Gutjahr, Potsdam
 Prof. Dr. Johann Ev. Hafner, Potsdam
 Prof. Dr. Peter Henricke, Wuppertal
 Prof. Dr. Ingo Hofmann, Potsdam

Dr. Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal
 Dr. Hans Misselwitz, Berlin
 Werner Mittelstaedt, Haltern am See
 Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, München
 Prof. Dr. Götz Neuneck, Wuppertal
 Prof. Dr. Hermann Nicolai, Potsdam
 Prof. Dr. Konrad Raiser, Berlin
 Prof. Dr. Godrat Rafat, Duisburg
 Prof. Dr. Alexandra Retkowski, Cottbus
 Prof. Dr. Michael Staack, Hamburg
 Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Hamburg
 Prof. Dr. Hubert Weiger, Nürnberg
 Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Teningen

Weitere Unterzeichnende:

PD Dr. Jürgen Altmann, Dortmund
 Dr. Detlef Bimboes, Berlin
 Prof. Dr. Bernhelm Booß-Bavnbek, Roskilde
 Dr. Rolf Czeskleba-Dupont
 Prof. Dr. Jochen Fuchs
 Dipl. Ing. Heinrich Gerhard Geerling,
 Königswinter
 Ole H. M. Hinrichs, Wieren

Prof. Bijan Khadem-Missagh, Baden bei Wien
 Dr. Erwin Knappek, Oberhaching
 Dr. Regina Tahirih Lohndorf, Santiago de Chile
 Dr. Thomas von Lutterotti, Berlin/Dubai
 Dr. Wolfgang Nick, Nürnberg
 Dipl.-Wiss. Jasmin Runge, Dubai
 B.Sc. Paul Runge, Dubai
 Dr. Joachim H. Spangenberg, Köln

Kontakt

Prof. Dr. Götz Neuneck, Vorsitzender der VDW
 Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.
 Marienstraße 19/20, 10117 Berlin
 Tel.: +49 (0) 30 21 23 40 56
 E-Mail: neuneck@icloud.com

Prof. Dr. Ingo Hofmann
 Potsdam
 c/o VDW
 E-Mail: ihfmnn@gmail.com

Dr. Manfred von Sperber, Berlin
Prof. Dr. Dieter Segert, Wien
Dipl. Päd. Inken Seifert-Karb, Kronberg

Dipl. Geol. Tim Steinberg, Freiberg
Dr. Leyla Tavernaro-Haidarian, Wien
Dr. Godehard Wüstefeld, Berlin

Für weiteres unterzeichnen wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle: info@vdw-ev.de.

Zur Herkunft und Geschichte der VDW

In der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) vernetzen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Disziplinen, die ihre Verantwortung für die Folgen von wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung kritisch reflektieren und mit differenzierter Expertise an der gesellschaftlichen Debatte aktiv teilnehmen, vor allem auf den Gebieten Frieden, Klima, Biodiversität und Ökonomie. Die Vereinigung hat sich seit ihrer Gründung 1959 stets zu zentralen Fragen der Europäischen Sicherheit geäußert, so 1957 in der Göttinger Erklärung, 1983 vor der Bundestagsabstimmung über die Mittelstreckenraketen im Oktober 1983 und bei der INF-Problematik 2019. Bei der Gründung der VDW standen Fragen der nuklearen Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle stets im Vordergrund, was sich u.a. in der Beteiligung an der internationalen Pugwash-Bewegung widerspiegelt.

Kontakt

Prof. Dr. Götz Neuneck, Vorsitzender der VDW
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.
Marienstraße 19/20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 21 23 40 56
E-Mail: neuneck@icloud.com

Prof. Dr. Ingo Hofmann
Potsdam
c/o VDW
E-Mail: ihfmnn@gmail.com